

Die politische Meinung

Monatsschrift zu Fragen der Zeit

Das schlechteste Wahlergebnis der SPD in der Geschichte Nordrhein-Westfalens – das ist weder eine gute Basis für die neu-alte Regierung noch eine ermutigende Aussicht für die Politik der nächsten fünf Jahre. SPD und Grüne wurden deutlich abgestraft. Das setzt den Trend fort, der den beiden Parteien seit den Bundestagswahlen nur noch Stimmenverluste beschert hat. Unbestreitbar ist, dass die beiden großen Volksparteien ihre Wähler nicht mobilisieren konnten. Die Flugaf-

fare der einen und die Spendenaf-

fare der anderen Partei haften noch zu sehr im Gedächtnis der Wähler. Dennoch ist es bemerkenswert, dass die CDU am wenigsten verloren hat, lediglich 0,7 Prozent, während SPD und Grüne vier- bis fünffach so hohe Verluste verzeichnen. Für Jürgen Rüttgers hat sich die Hoffnung nicht erfüllt, die nötigen Reformen (etwa im Bildungswesen) und die überfälligen Weichenstellungen für das im Vergleich zu Baden-Württemberg oder Bayern (siehe Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskraft) immer weiter zurückfallende Nordrhein-Westfalen vorzunehmen. Darauf werden die Bürger nun noch lange warten können.

Auf Weichenstellungen wartet auch Europa, dem sich dieses Heft der *Politischen Meinung* mit Analysen, Hintergrunddarstellungen, Zukunftsfragen, Rezensionen und Glosse widmet. Die Erfolgsgeschichte Europas, die Robert Schuman mit seiner Erklärung vom 9. Mai 1950 anstieß, gründet sich auf der Melange von interessengeleittem Realismus und visionärem Antrieb, die den maßgeblichen Führungspersönlichkeiten in den jeweiligen Phasen gemeinsam war. An ihrem Mangel krankt heute das Fortkommen Europas: Da ist zum einen die beunruhigende Führungslosigkeit, die zuvor derst von dem Zerbröckeln der deutsch-französischen Achse herrüht. Der zunehmende Ausfall des europäischen Motors birgt zusammen mit der europapolitischen Lust- und Konzeptlosigkeit der



Bundesregierung die Gefahr eines Stillstandes in sich. Wie verfahren die Situation zwischen Berlin und Paris ist, zeigte der deutsche Außenminister, als er sich kürzlich darüber beklagte, dass er aus Paris keine Vorschläge für gemeinsame europäische Initiativen mehr erhalte, und natürlich sofort die Nachfrage kassieren musste, ob es denn deutsche Ideen gäbe. Plötzlich, wohl inspiriert vom Jahrestag der Schuman-Rede, hagelte es von beiden Seiten – wenn auch teils nicht neue – Ideen:

Erst von Jacques Chirac und Lionel Jospin und seit der kurz darauf folgenden Rede von Joschka Fischer wissen wir nun, dass es auch deutsche Visionen gibt, allerdings nur von Privatmännern, nicht in der Regierungspolitik. Man kann nur hoffen, dass diesen „Ideen des Mai“ auch Verständigung und Entscheidungen über das Profil des künftigen Europas folgen werden. Das zweite

Problem der EU ist nämlich eine Diffusität der Projekte und Ziele, die sich die Gemeinschaft nicht leisten kann. Es ist Zeit, jetzt klare Linien zu definieren und sich über das Vorgehen in existenziellen Fragen einig zu werden: Wie muss sich die EU reformieren, um die beschlossene Ost-Erweiterung institutionell und finanziell zu verkraften? Und bis wohin soll sich Europa überhaupt erweitern, vor allem im Hinblick auf die Türkei? Schließlich: wie steht es mit der „Seele“, die Europa – je größer es wird – umso dringender braucht? Die deutsche Regierung muss sich endlich an der Beantwortung dieser Fragen beteiligen – mit größerem Engagement und mehr sachpolitischem Input als bisher, und sie muss endlich den Deutschland als einer europäischen Führungs-nation zukommenden Gestaltungsanspruch annehmen und ihm gerecht werden.

A handwritten signature in black ink, appearing to read "Jacqueline Jauernig".